

Rheinblick: Chempark-Argumente nicht leichtfertig abtun

Die Freien Demokraten können die teils harschen politischen Zurückweisungen des Schreibens der Chempark-Verantwortlichen zum Projekt Rheinblick nicht nachvollziehen. Aus ihrer Sicht wirft der Brief berechnete Fragen auf, die es vor endgültigen Entscheidungen seriös zu beantworten gilt. Bereits im Sommer 2014 hatte die FDP auf mögliche Konflikte zwischen Chempark und Wohnnutzung aufmerksam gemacht und war dafür scharf kritisiert worden. Inzwischen zeichnet sich jedoch ab, dass im nördlichen Bereich von Rheinblick aufgrund hoher Lärmbelastung wohl doch nur Büro- und Gewerbeflächen statt Wohnungen möglich sein werden.

Florian Philipp Ott, FDP-Ratsherr und Mitglied der Bezirksvertretung Uerdingen erklärt hierzu: „An den 7600 Chempark-Arbeitsplätzen hängen unzählige Krefelder Familien. Sie alle verlassen sich darauf, dass die Politik kluge und abgewogene Entscheidungen trifft, um für ihre Jobs und ihre Zukunft gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Wenn der Chempark als Anwalt all dieser Beschäftigten nun im Zusammenhang mit dem Projekt Rheinblick kritische Fragen und nachvollziehbare Argumente aufwirft, sollte die Politik diese nicht leichtfertig abtun, sondern intensiv prüfen. Schließlich könnten falsche Entscheidungen oder unbedachte Konsequenzen langfristig fatale Folgen für die Krefelder Industrie haben. Allein aus diesem Grund ist es geboten, jedes Argument mindestens zwei Mal zu durchdenken.“

Ott weiter: „Auch wir Liberalen wünschen uns, dass das Projekt Rheinblick realisiert wird. Vorher muss allerdings geklärt sein, dass es sich weder heute noch in Zukunft negativ auf den Chempark und dessen Entwicklungsmöglichkeiten auswirkt. Denn wir wissen: Industriearbeitsplätze sterben nach falschen Entscheidungen langsam, wenn man es bemerkt, kann man meist nicht mehr umsteuern. Die Auswirkungen der Immobilieninvestition auf die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten des Chempark sind politisch bislang kaum diskutiert worden, das muss dringend nachgeholt werden. Deshalb sollte die Politik die Argumente der Chempark-Verantwortlichen sehr ernst nehmen, statt sie plump als Behinderung zu diffamieren. Das sind wir den tausenden Mitarbeitern und ihren Familien schuldig.“